



Starke Lebensmittelwirtschaft und mehr Verbraucherschutz

Die Lebensmittelwirtschaft ist einer der größten Arbeitgeber in Bremen und Bremerhaven. Fischerei und Importe von Lebensmitteln wie Kaffee, Kakao und Wein sowie die Verarbeitung von Lebensmitteln in Manufakturen und in der Lebensmittelindustrie haben die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven geprägt. Leider ist das gesellschaftliche Bild der Lebensmittelwirtschaft durch die Skandale in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion der letzten Jahre von Misstrauen und Irritationen geprägt. Dabei tragen die Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft, die größtenteils mittelständisch sind, eine hohe Verantwortung für Lebensmittelsicherheit und gesundheitlichen Verbraucherschutz im Land Bremen und darüber hinaus. Dafür arbeiten Lebensmittelwirtschaft und Lebensmittelüberwachung Hand in Hand, während die Skandalfälle beklagenswerte Einzelercheinungen sind.

Für die Lebensmittelüberwachung ist die Aufdeckung von Missständen nur ein Teil der täglichen Arbeit, auch wenn sie öffentlich fast ausschließlich als Ermittler wahrgenommen wird. In vielen Fällen steht die Lebensmittelüberwachung vor allem den kleinen Unternehmen in Produktion, Handel und Gastronomie beratend zur Seite und bietet Hilfestellung bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben. Die Anforderungen an die amtliche Lebensmittelüberwachung haben sich vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexen Rechtsmaterie, einer gestiegenen Produktvielfalt bei Lebensmitteln, eines hart umkämpften Marktes im niedrigen Preissektor und zunehmend komplexer Herstellungsprozesse und Verarbeitungstiefen bei Lebensmitteln sowie der Ausweitung der Produkthaftung und -verantwortung in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Warenströme verlaufen heute fast immer überregional und grenzüberschreitend. Daher setzt sich die Bremer FDP dafür ein, die Strukturen und die Ausstattung der staatlichen Lebensmittelüberwachung im Land Bremen endlich an diese Anforderungen anzupassen.

Die FDP Bremen will eine ständige Verbesserung des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes erreichen, ohne dabei die politischen Rahmenbedingungen für die Lebensmittelwirtschaft im Land Bremen unnötig einzuschränken. Sie ist sich im Klaren, dass es nie hundertprozentige Sicherheit und lückenlose Kontrollen geben kann. Erklärtes Ziel der FDP Bremen ist es, die Kommunikation zwischen Wirtschaft, Überwachung und Verbrauchern zu verbessern und so für ein besseres gegenseitiges Verständnis zu sorgen.

Stärkung der Lebensmittelwirtschaft

Die Lebensmittelwirtschaft in Bremen und in Deutschland nimmt ihre Verantwortung, die der Gesetzgeber ihr übertragen hat, ernst, tagtäglich sichere und qualitativ hochwertige Produkte den deutschen Verbrauchern anzubieten. Die Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft sind für die Sicherheit ihrer Produkte verantwortlich und haften dafür. Die Bremer FDP setzt sich dafür ein, dass für die überwiegend mittelständisch geprägte Lebensmittelwirtschaft Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Erhaltung und Stärkung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dienen und Investitionsanreize bieten. Überreglementierung und bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden. Wo es geht muss auf einen lenkenden Eingriff in das Marktgeschehen verzichtet werden. Nur durch eine angemessene Berücksichtigung der Wirtschaftsinteressen im Rahmen der Verbraucherschutzpolitik können die notwendigen Handlungsspielräume vor allem für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen werden. So kann die Lebensmittelwirtschaft weiterhin ihrer Rolle als ein Motor der Volkswirtschaft und Garant für Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven gerecht werden.

Die FDP Bremen will die Überreglementierung im Bereich der Lebensmittelwirtschaft reduzieren und bürokratische Hürden abbauen, um die Rahmenbedingungen für die Innovation zu stärken. Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der mittelständisch geprägten Lebensmittelwirtschaft hängen wesentlich davon ab, ob Innovationen schnell und vorhersehbar vermarktet werden können. Um das innovationsfreundliche Klima weiter auszubauen, müssen die Forschungs- und Bildungseinrichtungen im Land wie die Hochschule Bremerhaven, das Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik und das Sensoriklabor des ttz Bremerhaven gestärkt werden.

Lebensmittelüberwachung

Die FDP im Land steht uneingeschränkt zur Lebensmittelüberwachung als Kontrolle der Eigenkontrolle und Sorgfaltspflicht der Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft. Nur so ist es mit der begrenzten finanziellen und personellen Ausstattung möglich, auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz zu gewährleisten und der verfassungsrechtlichen Schutzpflicht des Staates im Bereich Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz nachzukommen.

Das Land Bremen ist nach den EU-rechtlichen Bestimmungen verpflichtet, ein wirksames System zur Kontrolle der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit zu schaffen. Dies umfasst insbesondere die Pflicht, die zahlreichen aus den EU-rechtlichen und nationalen Bestimmungen folgenden Handlungsspielräume für die Kontrolltätigkeit effizient zu nutzen. Dazu gehört aber auch, die technische Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bestehender Kontrollsysteme – bei angemessenem Aufwand – auszuschöpfen. Risiken müssen frühzeitig identifiziert werden, um Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Auswahl der Proben muss nach dem risikoorientierten Ansatz erfolgen.

Allerdings hat der Spardruck im Land Bremen dazu geführt, dass der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst (LMTVet) nur sehr begrenztes Personal und Equipment hat, um diese und zukünftige Aufgaben bestmöglich zu bewältigen. Dass das Soll der planmäßigen Kontrollen überhaupt erfüllt wird, liegt am unermüdlichen Einsatz der Lebensmittelkontrolleure, Amtstierärzte und anderen Mitarbeitern. Bei vielen Betrieben führt nur eine kontinuierliche, zeitlich intensive Betreuung durch das zuständige Überwachungspersonal zu einer zufriedenstellenden Beseitigung festgestellter Mängel.

Die FDP Bremen setzt sich dafür ein, dass der Senat endlich die nötigen Mittel für die vorgeschriebene staatliche Kontrolle bereitstellt. Auch muss die Notwendigkeit der Abdeckung bisheriger Überwachungskriterien auf den Prüfstand kommen, um vorhandene Ressourcen effizienter zu nutzen. Nur dann kann auch die Risikobeurteilung als effizientes Planungsinstrument gemeinsam mit dem mehrjährigen nationalen Kontrollplan genutzt werden, um Kontrollen festzulegen. Zur Finanzierung muss der Senat prüfen, gegebenenfalls Gebühren oder Kostenbeiträge auch für routinemäßige Kontrollen zu erheben, aber insbesondere wenn wiederholte Prüfungen bei Auffälligkeiten nötig werden.

Die FDP Bremen fordert zudem, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern, die die Verstöße feststellen, auf der einen und den Mitarbeitern, die die Verstöße ahnden, auf der anderen Seite so effizient gestaltet wird, dass bei gleichgearteten Verstößen auch möglichst gleiche Maßnahmen und Sanktionen durchgeführt werden. Denn nur dies entspricht unserer Vorstellung eines liberalen Rechtsstaats.

Außerdem will die FDP Bremen die Kooperation mit Niedersachsen weiter ausbauen, um bei der Lebensmittelüberwachung in den beiden Bundesländern einen höheren Spezialisierungsgrad anzustreben, der in Bremen alleine nicht bewerkstelligt werden kann. Dadurch will die FDP Bremen auch einen deutlich verbesserten fachlichen Austausch von Lebensmittel- und Futtermittelkontrolleuren erreichen, da die Futtermittelgewinnung, -verarbeitung und der Futtermittelhandel einen Teil der Lebensmittelkette darstellen und deren Überwachung durch Niedersachsen erfolgt, das als Bundesland mit der höchsten Agrarproduktion hier über besondere Erfahrung verfügt.

Hygienekennzeichnung

Die geplante Veröffentlichung von Überwachungsergebnissen im Internet („Kontrollbarometer“) oder an der Tür von Gastronomiebetrieben entfaltet unter den derzeit vorgeschlagenen Rahmenbedingungen – wie die Wirtschaftsministerkonferenz richtigerweise festgestellt hat – eine fortdauernde prangerähnliche Wirkung, gerade auch wenn Mängel unverzüglich beseitigt worden sind. Die angestrebte Vergleichbarkeit der Betriebe verlangt notwendigerweise aktuelle, aussagekräftige und repräsentative Ergebnisse und damit zwangsläufig eine wesentlich höhere Dichte bzw. Frequenz der amtlichen Kontrollen, als sie mit der derzeitigen finanziellen und personellen Ausstattung in Bremen möglich ist. Auch eine zeitnahe Nachkontrolle zur Rehabilitation ist erforderlich, um Betriebe nicht dauerhaft zu schädigen. Bremen kann und sollte sich das im Hinblick auf die extreme Haushaltslage nicht leisten. Daher lehnt die Bremer FDP sowohl ein Kontrollbarometer als auch eine Smiley-Kennzeichnung an Gaststätten ab. Die Lebensmittelüberwachung in Bremen muss sich unter den derzeit möglichen Umständen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und darf nicht unnötig mit öffentlichkeitswirksamen Zusatzaufgaben überfrachtet werden.

Verbraucherbildung und Ablehnung staatlicher Eingriffe

Die Bremer FDP will Verbraucher im Bereich Ernährung und Lebensmittel weiterbilden. Immer mehr Verbraucher sind mit den Informationen, wie sie auf Lebensmitteln zu finden sind, überfordert. Viele verstehen die Komplexität der Informationen nicht. Nur eine konsequente Verbesserung der Verbraucherbildung in Fragen der Ernährung, der Lebensmittel und auch die Vermittlung eines gesunden Lebensstils führen dazu, dass der Verbraucher mündig, sachlich und eigenständig frei entscheiden kann. Eine Bevormundung oder Erziehung der Verbraucher ist nicht Aufgabe des Staates oder der Gesetzgebung. Deshalb müssen bereits früh Informationen an Verbraucher herangetragen werden. Dieses sollte bereits im Kindergarten und in der Schule erfolgen. So bekommen Verbraucher bereits in jungen Jahren Instrumente an die Hand, mit denen sie die Komplexität des Angebotes an Waren und Dienstleistungen im Lebensmittelbereich bewältigen und die Informationsflut, die sie erhalten, bewerkstelligen können.

Ein Schwerpunkt der Verbraucherbildung müssen Gesundheit und Lebensstil und damit zusammenhängend auch die Rolle der Ernährung sein, insbesondere angesichts steigender Zahlen übergewichtiger Menschen. Wissenschaftlich anerkannt ist, dass Übergewicht viele unterschiedliche Ursachen hat. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Übergewicht auf der einen Seite und Bewegungsarmut, niedrigem Bildungsgrad und sozialer Schicht auf der anderen Seite. Der Lebensstil insgesamt spielt eine entscheidende Rolle. Die FDP Bremen will daher, dass Lösungsansätze aus gesamtgesellschaftlicher Herausforderung interdisziplinär entwickelt und nicht Ernährung und Lebensmittel isoliert betrachtet werden. Deswegen lehnt die FDP Bremen eine staatliche Lenkung des Lebensmittelmarktes - auch mit gesundheitspolitischen Begründungen - ab. Dies betrifft sowohl das Produktangebot als auch die Vermarktung und insbesondere die Werbung. Das Lebensmittelrecht sollte aus Sicht der FDP nicht dazu genutzt werden, gesundheitspolitisch motivierte Ziele zu verfolgen. Einzig die hygienische Unbedenklichkeit, die Schadstofffreiheit und der Schutz vor Irreführung und Täuschung sind nach FDP-Ansicht mit der Lebensmittelgesetzgebung zu verfolgende Ziele. Nährwertprofile, staatliche Maßnahmen zur Reduzierung des Salz-, Zucker-, Fett und/oder Energiegehaltes in Lebensmitteln oder eine Strafsteuer für fett- oder zuckereiche Lebensmittel lehnt die FDP entschieden ab. Dadurch wird in nicht akzeptabler Weise in die freie Entscheidung des Verbrauchers eingegriffen. Das Recht auf Ernährung ist ein Recht auf die Möglichkeit einer gesunden Ernährung. Aber jeder hat auch das Recht, sich ungesund zu ernähren, wenn er es möchte.

Transparenz durch Internetportale

Die FDP Bremen setzt sich für einen möglichst effizienten und transparenten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz ein. Neben der Gesundheitsgefährdung müssen auch Irreführung und Täuschung von Verbrauchern verhindert werden. Vorfälle müssen transparent und schnell dem Verbraucher mitgeteilt

werden. Mehr Information zur Kennzeichnung von Lebensmitteln zu vermitteln, ist eine wichtige und zentrale Aufgabe in der Verbraucheraufklärung. Adressatengerechte, aussagekräftige und vollständige Verbraucherinformationen sind unabdingbar, um dem mündigen Verbraucher Auswahl, Kauf und sachgerechte Verwendung von Lebensmitteln zu ermöglichen.

Die Internetportale www.lebensmittelwarnung.de und www.lebensmittelklarheit.de können hier eine wichtige Rolle spielen. Allerdings muss vor einer Veröffentlichung immer zwischen Verbraucherschutz und Schutz des Unternehmens abgewogen werden. Denn insbesondere im Lebensmittelbereich sind die möglichen Folgen einer Veröffentlichung ungesicherter, im Nachhinein vielleicht unzutreffender Informationen für die betroffenen Unternehmen drastisch, in vielen Fällen sogar existenzgefährdend.

Daher setzt sich die FDP Bremen dafür ein, dass das Portal www.lebensmittelklarheit.de, das mit Unterstützung des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von dem Bundesverband der Verbraucherzentralen eingerichtet wurde, im produktbezogenen Teil weiterentwickelt wird, so dass Hersteller legal aufgemachter und gekennzeichnete Produkte nicht mehr durch Meinungen einzelner Verbraucher in die Defensive gedrängt werden. Hier ist ein mehr an Transparenz, Objektivität, Fairness und Fakten nötig. Einseitig wertende, unvollständige oder die aktuelle Rechts- und Gesetzeslage nicht berücksichtigende Darstellungen verunsichern Verbraucher und schaden der Lebensmittelwirtschaft unnötig.

Reduzierung der Menge an weggeworfenen Lebensmitteln

Im Zuge der optimalen und nachhaltigen Nutzung von Ressourcen will die FDP die Menge der nicht abgeernteten und der weggeworfenen Lebensmittel sowohl im Haushalt und als auch während Produktion und Handel reduzieren. Sowohl aus ethischen wie auch aus ökonomischen und ökologischen Gründen müssen Strategien zur effizienteren Verwertung von Lebensmitteln entwickelt werden. Der Wert von Lebensmitteln muss stärker ins Bewusstsein der Menschen gerückt werden.

So kann eine 4-köpfige Familie durchschnittlich über 900 Euro pro Jahr sparen, wenn weniger Lebensmittel im Müll landen. Dabei muss jeder Verbraucher wissen, dass er die Verzehrbarkeit der allermeisten Lebensmittel ganz einfach selbst beurteilen kann, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Dabei wird die FDP Bremen sich dafür einsetzen, dass Eigenverantwortung wie auch der Wert guter Einkaufsplanung wieder in den Vordergrund rücken und dieses Wissen wieder vermittelt wird.

Die FDP Bremen setzt auch darauf, dass die Lebensmittelwirtschaft auf freiwilliger Basis die Verpackungsgrößen an Veränderungen in der Gesellschaft anpasst. Es gibt inzwischen sehr viel mehr Einzelhaushalte als früher.

Nicht mehr zum Verzehr geeignete Lebensmittel sollten in geeigneter Form genutzt werden. Sie können heute zur Biogas-Produktion eingesetzt werden und so einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden.